ONLINEKOMMENTAR
DER FREI ZUGÄNGLICHE
RECHTSKOMMENTAR

KOMMENTIERUNG ZU

Art. 142 ZPO

Eine Kommentierung von Linda Novina
Herausgegeben von Lorenz Droese

Stand der Bearbeitung: 21.10.2025
PDF erstellt am: 06.10.2026
DOI: 10.17176/20251021-193549-0

ZITIERVORSCHLAG

Linda Novina, Kommentierung zu Art. 142 ZPO, in: Lorenz Droese (Hrsg.), Onlinekommentar zur Zivilprozessordnung

Kurzzitat: OK-Novina, Art. 142 ZPO N. XXX.

3. Kapitel: Fristen, Säumnis und Wiederherstellung

1. Abschnitt: Fristen

Art. 142 Beginn und Berechnung

[1] Fristen, die durch eine Mitteilung oder den Eintritt eines Ereignisses ausgelöst werden, beginnen am folgenden Tag zu laufen.

[1bis] Erfolgt die Zustellung einer Sendung an einem Samstag, einem Sonntag oder einem am Gerichtsort vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannten Feiertag durch gewöhnliche Post (Art. 138 Abs. 4), so gilt die Mitteilung nach Absatz 1 am nächsten Werktag als erfolgt.

[2] Berechnet sich eine Frist nach Monaten, so endet sie im letzten Monat an dem Tag, der dieselbe Zahl trägt wie der Tag, an dem die Frist zu laufen begann. Fehlt der entsprechende Tag, so endet die Frist am letzten Tag des Monats.

[3] Fällt der letzte Tag einer Frist auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen am Gerichtsort vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannten Feiertag, so endet sie am nächsten Werktag.

GLIEDERUNG

I. Allgemeines zu Art. 142–149 ZPO ... 3
A. Fristen in der ZPO ... 3
B. Anwendungsbereich ... 4
C. Abgrenzungen ... 5
1. Uneigentliche Fristen (Ordnungsfristen) ... 5
2. Fristen der Bundesrechtspflege ... 5
3. Materiellrechtliche Fristen ... 6
II. Beginn des Fristenlaufs (Art. 142 Abs. 1 ZPO) ... 6
A. Fristauslösende Mitteilungen ... 6
B. Eintritt eines Ereignisses ... 7
C. Andere fristauslösende Sachverhalte ... 8
D. Erster Tag der Frist ... 8
III. Zustellung durch gewöhnliche Post (Art. 142 Abs. 1bis ZPO) ... 9
IV. Fristberechnung (Art. 142 Abs. 2 ZPO) ... 9
A. Monatsfristen ... 9
B. Tagesfristen ... 10
C. Stunden-, Wochen- und Jahresfristen ... 11
V. Ende des Fristenlaufs (Art. 142 Abs. 3 ZPO) ... 11
Literaturverzeichnis ... 13
Materialienverzeichnis ... 14

I. ALLGEMEINES ZU ART. 142–149 ZPO

A. Fristen in der ZPO

1 Fristen sind diejenigen **Zeitabschnitte**, innerhalb welcher die Parteien und andere Verfahrensbeteiligte eine prozessuale Handlung vorzunehmen, ein Recht auszuüben oder eine Willenserklärung abzugeben haben[1]. Sie dienen so dem geordneten Ablauf und der beförderlichen Erledigung des Zivilprozesses[2]. Nebst den zivilprozessualen Fristen gibt es auch eine Reihe von Fristen, auf welche das Fristenrecht der ZPO keine Anwendung findet. Beispielsweise richtet sich die Berechnung der Klage- und Verwirkungsfristen des Bundeszivilrechts nach dem ZGB oder OR und in Verfahren vor dem Bundesgericht ist das Fristenrecht nach Art. 44–50 BGG anzuwenden (hierzu näher Kap. I.C.2 und 3).

2 Die ZPO unterscheidet zwischen **gesetzlichen und gerichtlichen Fristen**. Eine gesetzliche Frist ist grundsätzlich nicht erstreckbar und deren Dauer ergibt sich aus dem Gesetz. Dies im Gegensatz zu gerichtlichen Fristen, deren Dauer im Einzelfall vom Gericht festgesetzt und die aus zureichenden Gründen auch erstreckt werden können[3].

3 Weiter wird zwischen peremptorischen und dilatorischen Fristen unterschieden. Diese Unterscheidung bezieht sich auf die Folgen von Fristversäumnissen. Bei **peremptorischen Fristen** – auch Ausschlussfristen genannt – führt der unbenützte Fristablauf zum Eintritt der Verwirkung, d.h. eine nicht fristgerechte, prozessuale Handlung ist unwirksam[4]. Als Paradebeispiel dienen hier die Rechtsmittelfristen[5]. **Dilatorische Fristen** hingegen führen nicht zu einem Rechtsverlust, sondern ziehen einen anderen Rechtsnachteil nach sich[6]. Beispielsweise hat ein erstes Verpassen der Frist zur Leistung des Kostenvorschusses oder der Sicherheit für die Parteientschädigung nicht gleich ein Nichteintreten auf die Klage oder das Gesuch zur Folge, sondern lediglich die Ansetzung einer Nachfrist[7]. Im Unterschied zum Zivilprozessrecht verwendet das öffentliche Verfahrensrecht die Begriffe der peremptorischen und dilatorischen Frist als Synonyme für eine gesetzliche oder gerichtliche Frist[8].

4 Der Begriff der **Frist im weiteren Sinne** umfasst einerseits die Frist im engeren Sinne, d.h. die auf eine bestimmte Zeitdauer (nach Tagen, Wochen, Monaten oder Jahren) bemessene Frist, andererseits aber auch die auf einen bestimmten Kalendertag fixierte Frist (auch Terminfrist genannt). Auf Terminfristen sind die Art. 142 Abs. 1 und 2 ZPO naturgemäss nicht anwendbar, Art. 142 Abs. 3 ZPO und Art. 143 ZPO sind jedoch auch in diesem Zusammenhang zu beachten[9].

1. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 2; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 1; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 2; Tanner, Art. 142 ZPO N. 2; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 3; Spühler, Art. 142 ZPO N. 1; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 5.
2. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 1 f.; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 6; Tanner, Art. 142 ZPO N. 2; Spühler, Art. 142 ZPO N. 1; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 21.
3. Siehe im Einzelnen die Kommentierung zu Art. 144 ZPO.
4. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 2; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 1.
5. Siehe Art. 311 Abs. 1 ZPO (30 Tage für die Berufung im ordentlichen oder vereinfachten Verfahren), Art. 314 Abs. 1 ZPO (10 Tage für die Berufung im summarischen Verfahren), Art. 321 Abs. 1 ZPO (30 Tage für die Beschwerde im ordentlichen oder vereinfachten Verfahren), Art. 321 Abs. 2 ZPO (10 Tage für die Beschwerde im summarischen Verfahren oder gegen eine prozessleitende Verfügung, sofern das Gesetz nichts anderes bestimmt).
6. BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 1.
7. Siehe Art. 101 Abs. 3 ZPO; siehe auch Art. 223 Abs. 1 ZPO (versäumte Klageantwort) als weiteres Beispiel.
8. Vgl. BGer 2C_30/2017 vom 10.5.2017, E. 2.2.3; Steuerbuch des Kantons Zug, Ziff. 57.1 und 57.2.
9. CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 6.

B. Anwendungsbereich

5 Die Art. 142–149 ZPO sind grundsätzlich auf **alle prozessualen Fristen** im Geltungsbereich der ZPO (Art. 1 f. ZPO) anwendbar[10]. Hierzu zählt seit 1. Januar 2025 auch die Frist nach Art. 53 Abs. 3 ZPO zur Wahrnehmung des Replikrechts, das aus Art. 29 Abs. 1 und 2 BV sowie aus Art. 6 Ziff. 1 EMRK hergeleitet wird[11].

6 Aufgrund des Verweises in Art. 31 SchKG gelten auch für die Berechnung, die Einhaltung und den Lauf der **Fristen des SchKG** die Bestimmungen der ZPO, sofern das SchKG nichts anderes bestimmt. Besonderheiten – namentlich auch für gerichtliche Angelegenheiten des SchKG – ergeben sich aus diesem Vorbehalt in Bezug auf die Erstreckung (Art. 33 Abs. 2 SchKG, nur für im Ausland wohnhafte Verfahrensbeteiligte oder bei öffentlicher Bekanntmachung), die Wiederherstellung (Art. 33 Abs. 4 SchKG, nur bei fehlendem Verschulden) sowie den Rechtsstillstand und die Berücksichtigung der Betreibungsferien (Art. 56 ff. SchKG und Art. 63 SchKG)[12].

7 Auch in Bezug auf die Klagefristen des SchKG sind aufgrund von Art. 31 SchKG die Bestimmungen der ZPO hinsichtlich ihrer Berechnung, ihres Laufs und ihrer Einhaltung zu berücksichtigen, unter Vorbehalt der soeben ausgeführten Abweichungen, welche sich aus dem SchKG ergeben[13]. Mit den per 1. Januar 2025 revidierten **Art. 145 Abs. 4 ZPO** und Art. 56 Abs. 2 SchKG wird die Koordination des Fristenstillstands zwischen dem SchKG und der ZPO verbessert, indem diese beiden Bestimmungen übereinstimmend festhalten, dass für alle Klagen nach dem SchKG, die vor einem Gericht einzureichen sind, die Bestimmungen der ZPO über den Fristenstillstand gelten. Vereinfacht sind neu ausschliesslich die Bestimmungen der ZPO bei allen Verfahren vor einem Gericht und die Bestimmungen des SchKG bei allen Verfahren vor einer Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörde anwendbar[14]. Hierzu näher die Kommentierung zu Art. 145 ZPO.

8 Im **internationalen Verhältnis** richtet sich das auf verfahrensrechtliche Fragen anwendbare Recht im Grundsatz nach dem Gerichtsort (lex fori processualis). Entsprechend kommen die Bestimmungen der ZPO zum Fristenrecht auch bei Verfahren mit Auslandbezug zur Anwendung[15]. Gleiches gilt für die Beschwerde gegen die Vollstreckbarerklärung (sog. Exequatur) nach dem Übereinkommen vom 30. Oktober 2007 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (LugÜ; SR 0.275.12), wo das Fristenrecht des Vollstreckungsstaats zur Anwendung gelangt[16]. Auch im Rahmen des Übereinkommens vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HKÜ; SR 0.211.230.02) wird in der Schweiz auf die Fristenregelung der ZPO zurückgegriffen, da das HKÜ selbst keine spezifischen Bestimmungen zu den Modalitäten des Fristenlaufs enthält[17].

9 Neben den Bestimmungen der ZPO ist das Europäische Übereinkommen vom 16. Mai 1972 über die Berechnung von Fristen (**EuFrÜb**; SR 0.221.122.3) sowohl bei internationalen als auch innerstaatlichen Sachverhalten (aufgrund seiner Natur als unmittelbar anwendbare völkerrechtliche

10. Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 3; Tanner, Art. 142 ZPO N. 5; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 3 und Art. 143 ZPO N. 1; OFK-Jenny/Abegg, Art. 142 ZPO N. 1; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 1.
11. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 5a–5d; ZK-Fuchs, Art. 143 ZPO N. 4.
12. BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 4; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 7; Tanner, Art. 142 ZPO N. 5; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 5 f.; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 3; Gasser/Rickli/Josi, Art. 142 ZPO N. 1; Spühler, Art. 142 ZPO N. 1; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 11; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 8; Abbet, Art. 142 ZPO N. 3.
13. ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 7 und Art. 143 ZPO N. 3; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 8; Abbet, Art. 142 ZPO N. 3.
14. Votum Lüscher, AB 2022 NR S. 670; Honegger-Müntener/Rufibach/Schumann, S. 1179.
15. Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 3a.
16. Art. 327a Abs. 3 ZPO i.V.m. Art. 43 Abs. 3 LugÜ; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 3 mit Verweis auf KGer GR KSK 23 31 vom 4.12.2023, E. 1.3.
17. BGer 5A_576/2018 vom 31.7.2018, E. 4.3.3; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 3.

Bestimmung, sog. «self-executing» Norm[18]) zu beachten[19]. Im Verhältnis zu Art. 142 ZPO[20] enthält das Übereinkommen lediglich Ergänzungen und keine inhaltlichen Abweichungen[21].

C. Abgrenzungen

1. Uneigentliche Fristen (Ordnungsfristen)

10 Fristen in der ZPO lassen sich je nach ihrem Zweck und Adressatenkreis in **eigentliche und uneigentliche Fristen** unterscheiden. Eigentliche Fristen richten sich an die Parteien (oder auch an Dritte[22]) und werden ihnen zur Vornahme einer bestimmten Prozesshandlung, zur Ausübung eines Rechts oder zur Abgabe einer Willenserklärung angesetzt (hierzu vorne Kap. I.A). Uneigentliche Fristen (auch Ordnungsfristen genannt) richten sich an Gerichte und andere Organe der Rechtspflege, womit ihnen das Gesetz bestimmte Zeiträume für die Vornahme von Amtshandlungen vorschreibt. Beispiel für eine solche uneigentliche Frist ist Art. 203 Abs. 1 ZPO. Diese Bestimmung gibt vor, dass die Schlichtungsverhandlung innert zwei Monaten seit Einreichung des Schlichtungsgesuchs stattzufinden hat[23]. Als Ordnungsfrist gilt mangels prozessrechtlicher Natur auch die siebentägige Abholungsfrist gemäss Art. 138 Abs. 3 lit. a ZPO nach einem erfolglosen Zustellversuch[24].

11 Das Fristenrecht der ZPO findet keine Anwendung auf uneigentliche Fristen. Einzige Ausnahme ist wohl die Bestimmung von Art. 142 ZPO zur Fristberechnung[25]. Ordnungsfristen können somit weder erstreckt werden, noch stehen sie in bestimmten Zeiträumen still.

2. Fristen der Bundesrechtspflege

12 In Verfahren vor dem Bundesgericht ist nicht die Fristenregelung nach Art. 142–149 ZPO, sondern das **Fristenrecht nach Art. 44–50 BGG** anzuwenden. Dies gilt es insbesondere bei Fristen für Rechtsmittel an das Bundesgericht zu beachten[26].

13 Das Fristenrecht der ZPO wurde weitgehend auf die bisherige Bundesrechtspflege **abgestimmt**. Art. 142 Abs. 1 ZPO stimmt mit Art. 44 Abs. 1 BGG, und Art. 142 Abs. 3 ZPO nahezu wörtlich mit Art. 45 Abs. 1 BGG überein[27]. Gleiches gilt auch für Art. 143 Abs. 1 ZPO, der mit Art. 48 Abs. 1 BGG übereinstimmt. Die entsprechenden Kommentierungen zum Bundesgerichtsgesetz können deshalb beigezogen werden[28].

---

18. Anders in Bezug auf Art. 2 und 3 EuFrÜb, siehe BGer 5P.200/1991 vom 3.12.1991, E. 3b (in SJ 1992 145 ff.) und CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 3.
19. BGE 150 III 367, E. 4.1; BGer 4A_113/2023 vom 28.2.2023, E. 6.2; BGer 9C_396/2018 vom 20.12.2018, E. 2.2 (mit Verweis auf BGE 124 II 527, E. 2b); BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 10; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 5; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 4; Tanner, Art. 142 ZPO N. 5; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 1; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 14; Spühler, Art. 142 ZPO N. 1; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 3 f.; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 3.
20. Das Übereinkommen regelt einzig die Berechnung von Fristen (Art. 1 Abs. 1 EuFrÜb).
21. Vgl. BGE 150 III 367, E. 5.7; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 4; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 1; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 3 (mit Ausnahme des Stillstands von Jahresfristen während der Gerichtsferien).
22. Tanner, Art. 142 ZPO N. 6, bspw. Sachverständige, Zeugen etc.
23. BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 3; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 3; Tanner, Art. 142 ZPO N. 7; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 22.
24. BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 3; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 2 f.; Tanner, Art. 142 ZPO N. 7 und 33; Abbet, Art. 142 ZPO N. 1.
25. Tanner, Art. 142 ZPO N. 7; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 22.
26. Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 6; Tanner, Art. 142 ZPO N. 5; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 10.
27. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 9; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 5; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 1; Tanner, Art. 142 ZPO N. 1; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 1; OFK-Jenny/Abegg, Art. 142 ZPO N. 1; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 3; Gasser/Rickli/Josi, Art. 142 ZPO N. 2; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 9.

3. Materiellrechtliche Fristen

14 Die Berechnung einer Frist richtet sich grundsätzlich nach dem Recht, welches die Frist setzt[29]. Die Berechnung der Klage- und Verwirkungsfristen des Bundeszivilrechts richtet sich deshalb nicht nach den Bestimmungen der ZPO, sondern **nach dem ZGB oder OR** (sofern die ZPO nicht durch Verweis (analog) anwendbar ist, bspw. im Kindes- und Erwachsenenschutz aufgrund von Art. 450f ZGB). Solche materiellrechtlichen Fristen sind zum Beispiel die Monatsfrist zur Anfechtung gesetzes- oder statutenwidriger Vereinsbeschlüsse (Art. 75 ZGB), die zweijährige Trennungsfrist (Art. 292 Abs. 1 lit. a ZPO i.V.m. Art. 114 ZGB), die relative und absolute Verjährungsfrist der erbrechtlichen Ungültigkeitsklage (Art. 521 Abs. 1 ZGB), die Probezeit nach Art. 335b OR[30] sowie die Frist von zwei Monaten zur Anfechtung von Beschlüssen der Generalversammlung der Aktiengesellschaft (Art. 706a Abs. 1 OR). Sie sind – vorbehältlich gesetzlicher Ausnahmen[31] – weder erstreck- oder wiederherstellbar, noch stehen sie während den Gerichtsferien still[32].

15 Im Übrigen ergeben sich für Beginn und Berechnung sowie die Einhaltung von Fristen nur **geringfügige Abweichungen** (z.B. Massgeblichkeit von Feiertagen am Wohnsitz oder Sitz der klagenden Partei)[33]. Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung sollten Fristen jedoch nach ein und derselben Methode berechnet werden, und zwar unabhängig davon, ob sie sich aus dem materiellen Recht oder dem Prozessrecht ergeben[34]. Massgebend für die Wahrung materiellrechtlicher Klagefristen ist wiederum die Begründung der Rechtshängigkeit nach der ZPO[35].

II. BEGINN DES FRISTENLAUFS (ART. 142 ABS. 1 ZPO)

16 Zivilprozessrechtliche Fristen werden durch eine Mitteilung oder den Eintritt eines Ereignisses ausgelöst und beginnen am folgenden Tag zu laufen[36].

A. Fristauslösende Mitteilungen

17 Mit einer «Mitteilung» im Sinn von Art. 142 Abs. 1 ZPO setzt das Gericht bzw. die mit der Verfahrensleitung betraute Person den Parteien oder Verfahrensbeteiligten eine Frist an, welche damit gleich ausgelöst wird. Fristauslösende Mitteilungen stellen **prozessleitende Verfügungen** dar[37]. Diese sind den Parteien oder ihrer Vertretung gehörig zur Kenntnis zu bringen, andernfalls beginnt die

28. BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 5; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 1; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 7; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 3; vgl. BGer 5A_976/2021 vom 2.12.2021, E. 3; OGer ZH NE220001 vom 7.10.2022, E. 3.4.3; KGer SG BO.2019.20 vom 9.9.2020, E. 3a.
29. BGE 143 III 554, E. 2.5.2; BGE 143 III 15, E. 4.1; BGE 137 III 208, E. 3.1.2; BGE 123 III 67, E. 2a.
30. Siehe zur Berechnung BGE 144 III 152, E. 4.4.2 und 4.4.3.
31. z.B. Fristwiederherstellung nach Art. 256c Abs. 3 ZGB für die Klagefrist bei Anfechtung der Vaterschaft möglich.
32. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 7; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 2, die Fristerstreckungen und -wiederherstellungen zulassen möchte, wenn das Bundesrecht die Ansetzung einer Frist an sich, nicht aber deren Dauer vorsieht (z.B. Art. 961 Abs. 3 ZGB zur vorläufigen Eintragung im Grundbuch); Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 5, welcher gestützt auf BGE 143 III 554, E. 2.5.2 und BGE 119 II 434, E. 2a f. die Meinung von BK-Frei teilt; ebenso Tanner, Art. 142 ZPO N. 9–11 und Art. 145 ZPO N. 13; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 3 f. und Art. 144 ZPO N. 3; OFK-Jenny/Abegg, Art. 142 ZPO N. 1; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 33 ff.; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 7 und 9, wonach auch die Verjährungsfristen gemäss Art. 112 und 123 Abs. 2 ZPO zu den materiellrechtlichen Fristen zählen; Abbet, Art. 142 ZPO N. 2.
33. Hoffmann-Nowotny/Brunner, Vorb. zu Art. 142–149 ZPO N. 5.
34. BGE 150 III 367, E. 5.5.4.2.
35. Siehe Art. 64 Abs. 2 ZPO; BGE 142 III 782, E. 3.1.3.2; BGer 5A_13/2018 vom 11.4.2019, E. 3.3.2; BGer 4A_230/2017 vom 4.9.2017, E. 2.
36. Art. 142 Abs. 1 ZPO.
37. Vgl. Art. 124 Abs. 1 ZPO; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 9; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 2; Tanner, Art. 142 ZPO N. 13; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 9; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 120.

Frist nicht zu laufen[38]. Bei wirksamer Vertretung ist grundsätzlich die Kenntnisnahme durch den Vertreter massgebend, und nicht diejenige durch den Vertretenen[39].

18 Zur gehörigen Kenntnisnahme ist die Verfügung **korrekt zu eröffnen** und den Parteien bei schriftlicher Eröffnung[40] – in den Formen von Art. 138 ff. ZPO[41] – rechtsgültig zuzustellen[42]. Schriftliche Mitteilungen sind empfangs-, aber nicht annahmebedürftig. Massgebend ist damit der Zeitpunkt des Eintreffens in den Machtbereich des Adressaten; tatsächliche Empfang- oder Kenntnisnahme ist nicht erforderlich[43]. Bei Mehrfachzustellungen gilt grundsätzlich die erste rechtskonforme Mitteilung als fristauslösend[44].

19 Welchen Inhalt eine (schriftliche) prozessleitende Verfügung aufweisen muss bzw. welche **Formalien** bei einer (schriftlichen) prozessleitenden Verfügung eingehalten sein müssen, um korrekt eröffnet zu werden, kann nicht zwingend aus Art. 238 ZPO abgeleitet werden. Das Bundesgericht liess bis anhin offen, ob die Vorgaben von Art. 238 ZPO auch auf prozessleitende Verfügungen anwendbar sind[45]. Eine Verfügung kann allerdings auch mündlich (anlässlich einer Verhandlung) eröffnet werden[46].

20 **Beispiele** für fristauslösende Mitteilungen: Fristansetzung zur Leistung von Vorschüssen und Sicherheiten (Art. 101 Abs. 1 ZPO); Fristansetzung zur Klage- bzw. Widerklageantwort und zu einem allfälligen zweiten Schriftenwechsel (Art. 222 Abs. 1 ZPO, Art. 224 Abs. 3 ZPO, Art. 225 ZPO); Ansetzung einer Nachfrist (Art. 101 Abs. 3 ZPO, Art. 131 ZPO, Art. 132 ZPO, Art. 223 Abs. 1 ZPO)[47].

B. Eintritt eines Ereignisses

21 Von einem **fristauslösenden Ereignis** nimmt in der Regel zuerst die betroffene Partei Kenntnis, bevor sie das Geschehene an das Gericht heranträgt. Häufig kennt nur die Partei selbst den Zeitpunkt des fristauslösenden Ereignisses und hat diesen sowie die Fristeinhaltung im entsprechenden Verfahren deshalb zu belegen[48].

22 **Beispiele** für fristauslösende Ereignisse: Kenntnis eines Ausstandsgrunds ist fristauslösend für die Stellung eines Ausstandsgesuchs (Art. 49 Abs. 1 ZPO); Rückzug einer Eingabe mangels Zuständigkeit oder Zustellung eines Nichteintretensentscheids ist fristauslösend für die Wiedereinreichung einer Eingabe (Art. 63 ZPO); Eintritt der Zustellfiktion ist fristauslösend für Beschwerde gegen betreffenden Entscheid (Art. 138 Abs. 3 lit. a ZPO); Wegfall des Säumnisgrunds ist fristauslösend für die Stellung eines Wiederherstellungsgesuchs (Art. 148 Abs. 2 ZPO); Entdeckung eines Revisionsgrunds ist

38. Tanner, Art. 142 ZPO N. 14; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 12.
39. Vgl. Art. 137 ZPO; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 15; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 2; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 9; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 5; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 13.
40. Vgl. Art. 136 lit. b ZPO.
41. Zustellung durch eingeschriebene Postsendung oder auf andere Weise durch Empfangsbestätigung (Art. 138 ZPO), qualifizierte elektronische Zustellung (Art. 139 ZPO) oder öffentliche Bekanntmachung (Art. 141 ZPO); BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 13; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 7; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 2; Tanner, Art. 142 ZPO N. 14; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 9; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 5; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 125 ff.
42. Vgl. BGer 5A_117/2017 vom 7.6.2017, E. 2.3; Tanner, Art. 142 ZPO N. 14; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 9; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 5; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 122 ff.; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 12; Abbet, Art. 142 ZPO N. 5.
43. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 14; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 8; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 2; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 9; OFK-Jenny/Abegg, Art. 142 ZPO N. 3; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 120; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 13.
44. Tanner, Art. 142 ZPO N. 17; vgl. BSK-Amstutz/Arnold, Art. 44 BGG N. 27.
45. BGer 4A_569/2020 vom 14.12.2020, E. 4.2; BGer 5A_120/2012 vom 21.6.2012, E. 4.1.
46. Art. 235 Abs. 1 lit. e ZPO; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 13; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 7; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 2; Tanner, Art. 142 ZPO N. 13; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 9; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 7; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 120 f.; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 12.
47. Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 2; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 8; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 5; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 120.
48. CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 15.

fristauslösend für die Stellung eines Revisionsgesuchs (Art. 329 Abs. 1 ZPO); Auflage des Kollokationsplans ist fristauslösend für die Einreichung einer Kollokationsklage (Art. 250 Abs. 2 SchKG)[49]. Daneben kann für die Auslösung einer gerichtlichen Frist auch auf den (sicheren) Eintritt eines zukünftigen Ereignisses abgestellt werden (bspw. Fristansetzung zur Stellungnahme zu einer erst noch zu edierenden Urkunde)[50].

C. Andere fristauslösende Sachverhalte

23 Lehre und Rechtsprechung sind teilweise **uneinig** darüber, ob ein bestimmter fristauslösender Sachverhalt als Mitteilung oder als Eintritt eines Ereignisses zu qualifizieren ist[51]. Aufgrund der einheitlichen Regelung des Fristbeginns sowohl für fristauslösende Mitteilungen als auch für fristauslösende Ereignisse zeitigt die dogmatische Auseinandersetzung allerdings keine praktischen Auswirkungen[52].

D. Erster Tag der Frist

24 Der Tag, an dem die fristauslösende Mitteilung erfolgt oder ein bestimmtes fristauslösendes Ereignis eintritt, wird nicht bei der Fristberechnung berücksichtigt. Die Frist beginnt gemäss Art. 142 Abs. 1 ZPO erst **am darauffolgenden Tag** zu laufen. Dabei spielt es im Zusammenhang mit dem Fristbeginn keine Rolle, ob dieser Tag auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen anerkannten Feiertag am Gerichtsort fällt[53]. Der Fristenstillstand nach Art. 145 ZPO ist allerdings zu beachten[54].

25 Beim EuFrÜb fällt der Tag, an dem die Frist zu laufen beginnt (sog. «dies a quo») allerdings mit dem **Tag der Mitteilung bzw. des fristauslösenden Ereignisses** zusammen[55]. Weil die Frist von Mitternacht (24.00 Uhr) des dies a quo zu laufen beginnt[56], ist der Tag, an dem die Frist zu laufen beginnt (dies a quo) nicht mitzurechnen («dies a quo non computatur»). Dies entspricht einem aus dem römischen Recht stammenden Grundprinzip des Fristenrechts, wonach die Fristberechnung nach Kalendertagen erfolgt, also Zeiträumen zwischen Mitternacht und Mitternacht (sog. Zivilkomputation). Es werden folglich nur Tage mitgezählt, die voll (d.h. 24 Stunden) zur Verfügung

49. BGE 149 III 179, E. 2; BGer 5A_61/2022 vom 28.2.2022, E. 2; BGer 5A_976/2021 vom 2.12.2021, E. 3; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 3; Tanner, Art. 142 ZPO N. 18; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 9; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 5; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 119.
50. Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 3; Tanner, Art. 142 ZPO N. 18; Leuch/Marbach/Kellerhals/Sterchi, Art. 98 ZPO/BE N. 3.
51. Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 121; BGE 140 III 227, E. 3.1, wonach die Zustellung der Klagebewilligung als fristauslösendes Ereignis gilt; vgl. auch BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 12a betreffend Klagebewilligung; BGE 131 V 305, E. 4.2.1 sowie KGer GR ZK2 2022 51 vom 26.1.2023, E. 2.3 erachten die Zustellung eines begründeten Entscheids als fristauslösendes Ereignis (für die Rechtsmittelfrist); a.M. betreffend Zustellung eines begründeten Entscheids sind ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 9; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 5; Abbet, Art. 142 ZPO N. 5 sowie BSK-Amstutz/Arnold, Art. 44 BGG N. 8, welche die schriftlich begründete Eröffnung eines anfechtbaren Entscheids als fristauslösende Mitteilung sehen; vgl. Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 1 mit weiteren Hinweisen.
52. Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 1; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 5; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 121; vgl. OFK-Jenny/Abegg, Art. 142 ZPO N. 2.
53. Vgl. BGer 5A_976/2021 vom 2.12.2021, E. 3; BGer 5D_7/2020 vom 11.2.2020, E. 4.2; OGer ZH PP250017 vom 22.5.25, E. 3.2; KGer FR 101 2024 38 vom 10.2.25, E. 2.3; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 12 und 19; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 7; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 4; Tanner, Art. 142 ZPO N. 20 und Art. 146 ZPO N. 2; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 10 und 12; OFK-Jenny/Abegg, Art. 142 ZPO N. 4; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 6 und 12; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 23; Abbet, Art. 142 ZPO N. 4.
54. Vgl. Art. 146 Abs. 1 ZPO; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 12; Tanner, Art. 142 ZPO N. 21; Abbet, Art. 142 ZPO N. 6.
55. BGE 150 III 367, E. 4.3.1.3; vgl. BGE 125 V 37, E. 4b; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 6; Weber, N. 13; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 262.
56. Art. 3 Abs. 1 EuFrÜb.

stehen[57]. Im Ergebnis widersprechen sich die Regelung des Art. 142 Abs. 1 ZPO und Art. 3 Abs. 1 EuFrÜb deshalb nicht[58].

III. ZUSTELLUNG DURCH GEWÖHNLICHE POST (ART. 142 ABS. 1BIS ZPO)

26 Um die Problematik der Zustellung einer fristauslösenden Mitteilung an einem Samstag mittels «A-Post Plus» – und damit ein Fristbeginn am Sonntag – zu beheben, hat der Gesetzgeber mit Art. 142 Abs. 1bis ZPO (in Kraft seit 1. Januar 2025) eine neue Zustellungsregel eingeführt. Danach gilt die Zustellung fristauslösender Mitteilungen an einem Wochenende oder einem Feiertag erst am nächsten Werktag als erfolgt. Die Frist beginnt somit am darauffolgenden Tag, d.h. am ersten Tag nach diesem Werktag[59], zu laufen. Inwiefern diese Zustellungsregel für die Fristberechnung nach der ZPO im Rahmen des ordentlichen Geschäftsgangs von Gerichten und anderen Behörden von Relevanz ist, ist allerdings unklar. Denn nach Art. 138 Abs. 1 ZPO ist die Zustellung von (prozessleitenden) Verfügungen – wie bei fristauslösenden Mitteilungen – nur durch eingeschriebene Postsendung oder auf andere Weise gegen Empfangsbestätigung zulässig, was bei der Versandmethode «A-Post Plus» gerade nicht der Fall ist[60].

IV. FRISTBERECHNUNG (ART. 142 ABS. 2 ZPO)

A. Monatsfristen

27 In der ZPO ist nur die Berechnung von Monatsfristen ausdrücklich geregelt[61]. Dabei sind die **Anzahl Monate** zum Monat des Fristbeginns hinzuzuzählen. Die Frist endet im letzten Monat an dem Tag, der dieselbe Zahl trägt wie der Tag, an dem die Frist zu laufen begann. Fehlt der entsprechende Tag, so endet die Frist am letzten Tag des Monats[62].

28 In der Lehre und kantonalen Rechtsprechung war umstritten, an welchem Tag die Monatsfrist zu laufen beginnt, d.h. wie die Absätze 1 und 2 von Art. 142 ZPO auszulegen sind: Nach vorherrschender Ansicht sei – entsprechend dem Wortlaut und der Systematik von Art. 142 Abs. 2 ZPO in Kombination mit Art. 142 Abs. 1 ZPO und von Art. 2 und 4 Ziff. 2 des EuFrÜb – auf den Tag abzustellen, der seiner Zahl nach dem *Folgetag* der fristauslösenden Mitteilung bzw. des fristauslösenden Ereignisses entspricht[63]. Vereinzelte Autoren und das Kantonsgericht Schwyz hingegen betrachteten Art. 142 Abs. 2 ZPO isoliert von Art. 142 Abs. 1 ZPO und erachteten für die Bestimmung des Fristablaufs das fristauslösende Ereignis bzw. die fristauslösende Mitteilung als massgebend. Ansonsten werde bei Monatsfristen der Tag des Fristenbeginns doppelt gezählt und effektiv eine Frist von einem Monat plus ein Tag gewährt, was u.a. nicht logisch und Sinn und Zweck der Bestimmung von Art. 142 Abs. 2 ZPO sei. Die Monatsfrist sollte demnach am Tag ablaufen, der seiner Zahl nach dem Tag der fristauslösenden Mitteilung oder des fristauslösenden Ereignisses entspricht[64].

---

57. BGE 150 III 367, E. 4.2.2; BGE 144 III 152, E. 4.4.2; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 2.
58. BGE 150 III 367, E. 5.5.1.2.
59. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 12.
60. BGE 142 III 599, E. 2.4.2; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 27 f.; Tanner, Art. 142 ZPO N. 22–25; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 9a f.; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 139 und 236; Honegger-Müntener/Rufibach/Schumann, S. 1179; Staehelin/von Mutzenbecher, S. 822.
61. Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 5.
62. Art. 142 Abs. 2 ZPO; vgl. auch Art. 4 Abs. 2 EuFrÜb.
63. ZR 2015 Nr. 13; OGer ZH LB140093 vom 17.2.2015, E. II.4–6; KGer SG BO.2019.20 vom 9.9.2020, E. 3; OGer AG ZSU. 2022.274 vom 22.12.2022, E. 3; KGer BL 400 19 246 vom 21.1.2020, E. 3.1; KGer GR KSK 2018 66 vom 5.11.2018, E. 3.3 f.; KGer FR 101 2015 9 vom 31.3.2015, E. 2; KGer GL ZG.2013.01187 vom 25.2.2014, E. 4; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 17; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 12; Tanner, Art. 142 ZPO N. 26; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 11; OFK-Jenny/Abegg, Art. 142 ZPO N. 5; BSK-Amstutz/Arnold, Art. 45 BGG N. 4.

29 Im Entscheid **BGE 150 III 367** klärte das Bundesgericht erstmals die Frage der Berechnung einer nach Monaten bestimmten Frist nach Art. 142 Abs. 2 ZPO, nachdem die bundesgerichtliche Rechtsprechung diesbezüglich lange uneinheitlich war[65]. Dabei schloss sich das Bundesgericht der Mindermeinung an. Demnach ist Art. 142 Abs. 2 ZPO in dem Sinn auszulegen, als der «Tag, an dem die Frist zu laufen begann», sich nicht nach Art. 142 Abs. 1 ZPO richtet, sondern auf den Tag des fristauslösenden Ereignisses Bezug nimmt[66]. Für die Berechnung einer Frist nach Monaten stellt somit der Ereignistag bzw. der Tag der fristauslösenden Mitteilung selbst der relevante Bezugspunkt für den Beginn der Frist dar.

30 **Beispiel**: Erfolgt die fristauslösende Zustellung am 15. Januar, beginnt eine dreimonatige Frist gleichentags zu laufen und endet am 15. April, sofern es sich dabei nicht um einen Samstag, Sonntag oder anerkannten Feiertag handelt (Art. 142 Abs. 3 ZPO) und kein Fristenstillstand zu berücksichtigen ist (Art. 145 ZPO). Erfolgt die fristauslösende Mitteilung bzw. das fristauslösende Ereignis am 31. August, endet eine dreimonatige Frist am 30. November, sofern es sich dabei wiederum nicht um einen Samstag, Sonntag oder anerkannten Feiertag handelt und kein Fristenstillstand zu berücksichtigen ist.

31 Abschliessend ist darauf hinzuweisen, dass eine Monatsfrist **nicht** mit einer **30-tägigen Tagesfrist** gleichzusetzen bzw. zu verwechseln ist (hierzu nachfolgend Kap. IV.B)[67].

B. Tagesfristen

32 Häufiger als Monatsfristen werden Tagesfristen angesetzt. Sowohl die ZPO als auch das EuFrÜb enthalten keine explizite Bestimmung, wie nach Tagen bestimmte Fristen zu berechnen sind. Mit Lehre und Rechtsprechung ist auf den in Art. 142 Abs. 1 ZPO definierten Fristbeginn abzustellen und anschliessend sind die **einzelnen Tage abzuzählen**[68]. Dabei wird jeder Tag gezählt, d.h. auch Samstage, Sonntage und anerkannte Feiertage. Ein Fristenstillstand ist hingegen auch während laufender Frist zu berücksichtigen (Art. 145 ZPO)[69].

33 **Beispiel**: Ein gerichtliches Verbot wurde am 2. April bekanntgemacht und auf dem Grundstück angebracht[70]. Die 30-tägige Frist zur Erhebung einer Einsprache beim Gericht beginnt somit am 3. April zu laufen und endet am 2. Mai (Tag 30), sofern es sich dabei nicht um einen Samstag, einen Sonntag oder anerkannten Feiertag handelt (Art. 142 Abs. 3 ZPO) und kein Fristenstillstand zu berücksichtigen ist (Art. 145 ZPO)[71].

64. KGer SZ ZK1 2023 14 vom 17.8.2023, E. 4; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 1; Weber, N. 1 ff.; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 262; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 17 f.; Abbet, Art. 142 ZPO N. 8.
65. BGE 150 III 367, E. 5.4.3 und 6.
66. BGE 150 III 367, E. 5.5 und 5.6.; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 12a und 17; Gasser/Rickli/Josi, Art. 142 ZPO N. 2a; a.M. Tanner, Art. 142 ZPO N. 26.
67. Vgl. BGE 138 III 610, E. 2.8; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 254.
68. BGE 150 III 367, E. 5.5.1.2; vgl. BGE 149 III 179, E. 2.
69. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 19; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 10; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 5; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 10; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 12; Spühler, Art. 142 ZPO N. 3.
70. Siehe Art. 259 und 260 Abs. 1 ZPO.
71. Vgl. BGer 4A_635/2023 vom 3.7.2024, E. 5.5.

C. Stunden-, Wochen- und Jahresfristen

34 Stundenfristen treten im Zivilprozess – im Gegensatz zum Strafprozess[72] – kaum in Erscheinung. Andernfalls ist die **genaue Anzahl Stunden** zum Beginn des Fristenlaufs, welcher grundsätzlich um 24.00 Uhr am dies a quo erfolgt[73], hinzuzuzählen[74].

35 **Beispiel**: Eine gerichtlich angesetzte 12-stündige Frist beginnt um 24.00 Uhr am Tag der Zustellung der entsprechenden prozessleitenden Verfügung zu laufen und endet am Folgetag um 12.00 Uhr, sofern es sich dabei nicht um einen Samstag, einen Sonntag oder anerkannten Feiertag handelt (Art. 142 Abs. 3 ZPO) und kein Fristenstillstand zu berücksichtigen ist (Art. 145 ZPO).

36 Ebenfalls nicht ausdrücklich in der ZPO geregelt ist die Berechnung von **Wochenfristen**. Das Gericht kann gleichwohl eine Wochenfrist ansetzen. Diese endet analog wie die Monatsfrist am Tag der letzten Woche, der den gleichen Namen trägt wie der Tag der fristauslösenden Mitteilung oder des fristauslösenden Ereignisses[75].

37 **Beispiel**: Erfolgte die rechtsgültige Zustellung der Mitteilung einer gerichtlich angesetzten Frist von zwei Wochen an einem Montag, beginnt die Frist gleichentags zu laufen und endet zwei Wochen später wiederum an einem Montag, sofern es sich dabei nicht um einen anerkannten Feiertag handelt (Art. 142 Abs. 3 ZPO) und kein Fristenstillstand zu berücksichtigen ist (Art. 145 ZPO).

38 **Jahresfristen** kommen in der ZPO nur selten vor (bspw. Art. 329 Abs. 2 ZPO) und haben vermutlich deshalb ebenfalls keine gesetzliche Regelung zu ihrer Berechnung erhalten. Bei einer Jahresfrist werden die genaue Anzahl Jahre zum dies a quo (analog zu Art. 142 Abs. 2 ZPO für die Berechnung von Monatsfristen) hinzugezählt. Der letzte Tag einer Jahresfrist trägt nach neuster bundesgerichtlicher Rechtsprechung dieselbe Zahl wie der Tag der fristauslösenden Mitteilung oder des fristauslösenden Ereignisses[76].

39 **Beispiel**: Die zehnjährige Revisionsfrist nach Art. 329 Abs. 2 ZPO wird am Tag des Eintritts der Rechtskraft eines materiellen Entscheids ausgelöst. Trat die Rechtskraft am 10. April 2022 ein, so endet die Frist am 10. April 2032, sofern es sich dabei nicht um einen Samstag, einen Sonntag oder anerkannten Feiertag handelt (Art. 142 Abs. 3 ZPO) und kein Fristenstillstand zu berücksichtigen ist (Art. 145 ZPO).

V. ENDE DES FRISTENLAUFS (ART. 142 ABS. 3 ZPO)

40 Prozessuale Fristen enden **am letzten Tag um Mitternacht (24.00 Uhr)**, sofern nichts anderes bestimmt ist und kein Fristenstillstand zu berücksichtigen ist (Art. 145 ZPO)[77]. Gerichtliche Fristen können auch auf einen bestimmten Tageszeitpunkt festgesetzt werden (bspw. auf eine bestimmte

72. Vgl. Art. 219 Abs. 4 StPO (Entlassung und Zuführung vorläufig festgenommener Personen spätestens nach 24 Stunden); Art. 224 Abs. 2 StPO (Antrag auf Anordnung der Untersuchungshaft oder einer Ersatzmassnahme spätestens 48 Stunden seit der Festnahme).
73. Vgl. Art. 3 Abs. 1 EuFrÜb.
74. BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 13; Tanner, Art. 142 ZPO N. 35, wonach eine solche Frist ab der auf die Eröffnung folgenden Stunde läuft; Spühler, Art. 142 ZPO N. 4, wonach 60 Minuten nach Beginn des Fristlaufs dazuzuzählen sind.
75. Vgl. BGE 150 III 367, E. 4.2.4 und 4.2.5; vgl. Art. 4 Abs. 1 EuFrÜb; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 17a; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 7; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 11a; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 10; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 265; Abbet, Art. 142 ZPO N. 9; a.M. Tanner, Art. 142 ZPO N. 34.
76. Vgl. BGE 150 III 367, E. 4.2.4 und 4.2.5; Art. 4 Abs. 2 EuFrÜb; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 17a; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 7; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 11a; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 10; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 264; Abbet, Art. 142 ZPO N. 9; a.M. Tanner, Art. 142 ZPO N. 34.
77. Vgl. BGer 4A_556/2022 vom 4.4.2023, E. 2.1; Tanner, Art. 142 ZPO N. 20; Gasser/Rickli/Josi, Art. 143 ZPO N. 4, präzisierend 24.00 Uhr am Gerichtsort; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 1; Abbet, Art. 142 ZPO N. 7.

Uhrzeit an einem bestimmten Tag oder auf den Beginn einer bestimmten Verhandlung). Dies kann insbesondere im superprovisorischen Massnahmeverfahren (Art. 265 ZPO) sinnvoll sein[78].

41 Art. 142 Abs. 3 ZPO beinhaltet eine gesetzliche **Fristverlängerung**: Fällt der letzte Tag einer gesetzlichen oder richterlichen Frist auf einen Samstag, Sonntag oder einen am Gerichtsort vom Bundesrecht oder kantonalen Recht anerkannten Feiertag, so endet sie am nächsten Werktag[79]. Dies gilt auch dann, wenn das Ende einer gerichtlichen Frist ausdrücklich (und irrtümlicherweise) auf ein bestimmtes Datum an einem Wochenende oder einem Feiertag gesetzt wurde[80]. Samstage, Sonntage oder anerkannte Feiertage wirken sich allerdings nur auf das Ende einer Frist aus; bei laufender Frist sind sie mitzuzählen und nicht fristverlängernd zu berücksichtigen[81]. Der gleiche Grundsatz enthält auch Art. 5 EuFrÜb, wobei das EuFrÜb selbst keine Feiertage festlegt[82].

42 **Feiertage** müssen am Gerichtsort staatlich anerkannt sein, damit sie das Ende eines Fristenlaufs verlängern[83]. Einziger vom Bundesrecht anerkannter Feiertag ist der 1. August[84]. Kantonale Feiertage bedürfen einer ausdrücklichen kantonalrechtlichen Grundlage in Form einer generell-abstrakten Norm des öffentlichen Rechts[85]. Allerdings schliesst Art. 142 Abs. 3 ZPO nicht nur gesetzliche Feiertage ein, sondern auch solche Tage, die vom kantonalen Recht wie gesetzliche Feiertage behandelt werden[86]. Eine lediglich kommunalrechtliche Grundlage genügt nicht. Lokale Feierlichkeiten (auf Gemeinde- oder Bezirksebene) können das Fristende (auch im bundesgerichtlichen Verfahren) nur beeinflussen, wenn sie vom kantonalen Recht ausdrücklich anerkannt werden oder wenn sich deren kommunalgesetzliche Anerkennung auf eine explizite kantonale Ermächtigungsnorm stützt (bspw. zu finden in den jeweiligen kantonalen Ruhetags- oder Gerichtsorganisationsgesetzen)[87]. Für die Nachmittage des Sechseläutens und Knabenschiessens in der Stadt Zürich sowie für den Güdismontag in der Stadt Luzern fehlt bislang eine solche kantonale Anerkennung oder Ermächtigung, weshalb diese lokalen Feierlichkeiten eine laufende Frist nicht verlängern[88].

43 Das vom Bundesamt für Justiz gestützt auf Art. 11 EuFrÜb erstellte **Verzeichnis** «Gesetzliche Feiertage und Tage, die in der Schweiz wie gesetzliche Feiertage behandelt werden» (Stand: 1. Januar 2011)

78. Abbet, Art. 142 ZPO N. 7.
79. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 18; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 9; Tanner, Art. 142 ZPO N. 29; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 12; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 11; Abbet, Art. 142 ZPO N. 10.
80. Tanner, Art. 142 ZPO N. 29; BSK-Amstutz/Arnold, Art. 45 BGG N. 4; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 6 und 25; Abbet, Art. 142 ZPO N. 10.
81. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 19; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 14; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 9; Tanner, Art. 142 ZPO N. 20 und Art. 146 ZPO N. 2; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 10; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 12; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 23.
82. BGer 5A_550/2017 vom 25.7.2017, E. 4; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 268.
83. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 21 und 23; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 15; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 10 und 13; Tanner, Art. 142 ZPO N. 30; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 12; OFK-Jenny/Abegg, Art. 142 ZPO N. 6; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 11; Gasser/Rickli/Josi, Art. 142 ZPO N. 2; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 269; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 24; Abbet, Art. 142 ZPO N. 10.
84. Art. 110 Abs. 3 BV; BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 22; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 16; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 11; Tanner, Art. 142 ZPO N. 30; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 12; OFK-Jenny/Abegg, Art. 142 ZPO N. 6; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 270; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 24; Abbet, Art. 142 ZPO N. 10.
85. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 24; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 16; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 10; Tanner, Art. 142 ZPO N. 30; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 12; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 275.
86. Art. 5 EuFrÜb; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 16; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 11; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 12; OFK-Jenny/Abegg, Art. 142 ZPO N. 6; Gasser/Rickli/Josi, Art. 142 ZPO N. 2; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 274, wonach umstritten ist, ob damit Tage gemeint sind, die durch untergesetzliche Rechtssetzung (Verordnung u. dgl.) zu Feiertagen bestimmt sind, oder Tage, die ohne geschriebene Normgrundlage kraft Herkommens für bestimmte Feiern genutzt werden; Abbet, Art. 142 ZPO N. 10.

verschafft einen Überblick über die massgeblichen Feiertage in den Kantonen. Dem Verzeichnis kommt gemäss Mehrheitsmeinung jedoch nur deklaratorische Wirkung zu. Vorsichtshalber empfiehlt sich deshalb eine Rückfrage bei der massgeblichen Behörde, insbesondere da in bestimmten Kantonen auch innerkantonale Unterschiede bestehen (bspw. im Kanton Solothurn aufgrund des Josephstags (19. März) und der Patroziniumsfeste oder im Kanton Freiburg betreffend Fronleichnam, Maria Himmelfahrt (15. August), Allerheiligen (1. November) und Maria Empfängnis (8. Dezember)[89].

LITERATURVERZEICHNIS

Abbet Stéphane, Kommentierung zu Art. 142 ZPO, in: Chabloz Isabelle/Dietschy-Martenet Patricia/Heinzmann Michel (Hrsg.), Petit commentaire Code de procédure civile, Basel 2020.

Amstutz Kathrin/Arnold Peter, Kommentierung zu Art. 44 und 45 BGG, in: Niggli Marcel Alexander/Uebersax Peter/Wiprächtiger Hans/Kneubühler Lorenz (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz, 3. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK-Amstutz/Arnold).

Benn Jurij, Kommentierung zu Art. 142 ZPO, in: Spühler Karl/Tenchio Luca/Infanger Dominik (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 4. Aufl., Basel 2024 (zit. BSK-Benn).

Ernst Wolfgang/Oberholzer Serafin/Sunaric Predrag, Fristen und Fristberechnung im Zivilprozess (ZPO – BGG – SchKG), 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2021.

Frei Nina J., Kommentierung zu Art. 142 ZPO, Berner Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, Art. 1–149 ZPO, Band I, Bern 2012 (zit. BK-Frei).

Fuchs Nicolas, Kommentierung zu Art. 142, 143 und 144 ZPO, in: Sutter-Somm Thomas/Lötscher Cordula/Leuenberger Christoph/Seiler Benedikt (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), 4. Aufl., Zürich 2025 (zit. ZK-Fuchs).

Gasser Dominik/Rickli Brigitte/Josi Christian, Schweizerische Zivilprozessordnung Kurzkommentar, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2024.

Hoffmann-Nowotny Urs H./Brunner Katrin, Kommentierung zu Vorb. zu Art. 142–149 ZPO und zu Art. 142 ZPO, in: Oberhammer Paul/Domej Tanja/Haas Ulrich (Hrsg.), Kurzkommentar Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. Aufl., Basel 2021.

Honegger-Müntener Patrick/Rufibach Matthias/Schumann Julius, Die Revision der ZPO, AJP 10 (2023), S. 1157–1180.

Jenny Reto M./Abegg Mike, Kommentierung zu Art. 142 ZPO, in: Gehri Myriam A./Jent-Sørensen Ingrid/Sarbach Martin (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. Aufl., Zürich 2023 (zit. OFK-Jenny/Abegg).

88. Vgl. § 122 des Gesetzes des Kantons Zürich vom 10.5.2010 über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG/ZH; LS 211.1) und ZR 107 (2008) Nr. 69 (für das Sechseläuten); § 76 des Gesetzes des Kantons Luzern vom 10.5.2010 über die Organisation der Gerichte und Behörden in Zivil-, Straf- und verwaltungsgerichtlichen Verfahren (JusG/LU; SRL 260) und BGer 5A_355/2013 vom 8.7.2013, E. 2.3.2 (für den Güdismontag).
87. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 25; BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 16; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 11; Tanner, Art. 142 ZPO N. 30; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 12; BSK-Amstutz/Arnold, Art. 45 BGG N. 11; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 11; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 276 f.; CR-Tappy, Art. 142 ZPO N. 24.
89. BSK-Benn, Art. 142 ZPO N. 10 und 26a, wonach ungeklärt ist, ob sich Rechtssuchende bei Abweichungen des Verzeichnisses vom kantonalen Recht auf das Verzeichnis berufen können oder nicht (vgl. hierzu BGer 4A_568/2024 vom 2.4.25, E. 3.3.3 zum 2. Januar (Berchtoldstag) im Kanton Luzern, wo diese Abweichung gerade besteht); BK-Frei, Art. 142 ZPO N. 17; Hoffmann-Nowotny/Brunner, Art. 142 ZPO N. 12 f.; Tanner, Art. 142 ZPO N. 31; ZK-Fuchs, Art. 142 ZPO N. 12a; CHK-Sutter-Somm/Seiler, Art. 142 ZPO N. 13; Ernst/Oberholzer/Sunaric, N. 271 ff.

Leuch Georg/Marbach Omar/Kellerhals Franz/Sterchi Martin, Die Zivilprozessordnung für den Kanton Bern, 5. Aufl., Bern 2000.

Spühler Karl, Kommentierung zu Art. 142 ZPO, in: Spühler Karl (Hrsg.), Schweizerische Zivilprozessordnung Kurzkommentar, Zürich/Genf 2023.

Staehelin Daniel/Von Mutzenbecher Florence, Die Revision der ZPO vom 17.3.2023, SJZ 119 (2023), S. 815–833.

Sutter-Somm Thomas/Seiler Benedikt, Kommentierung zu Art. 142 ZPO; in: Sutter-Somm Thomas/Seiler Benedikt (Hrsg.), Handkommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, Zürich 2021 (zit. CHK-Sutter-Somm/Seiler).

Tanner Martin, Kommentierung zu Art. 142, 145 und 146 ZPO, in: Brunner Alexander/Schwander Ivo/Vischer Moritz (Hrsg.), Kommentar Schweizerische Zivilprozessordnung, Art. 1–196 ZPO, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2024.

Tappy Denis, Kommentierung zu Art. 142 ZPO, in: Bohnet François/Haldy Jacques/Jeandin Nicolas/Schweizer Philippe/Tappy Denis, Commentaire romand Code de procédure civile, 2. Aufl., Basel 2019 (zit. CR-Tappy).

Weber Philipp, Monatsfristen nach ZPO: Dörfs es bitzeli meh sii?, Juslettter 19.3.2012.

MATERIALIENVERZEICHNIS

Protokoll der Sondersession des Nationalrats vom 10.5.2022 (Zweitrat), Amtliches Bulletin 2022 S. 669 ff., abrufbar unter https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=56920, besucht am 14.9.2025.